

Salle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 166.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 197.

Zweite Ausgabe

Geschäftsstelle in Halle a. S. Leipzigerstr. 87. Hinterhaus.
Telephon Nr. 158. Eingang Nr. Brunnhardenstr.
Schiffstation: Dr. Walter Genschel in Halle a. S.

Sonnabend, 9. April 1904.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 3.
Telephon-Zweit Nr. 11.494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Bodspüringe.

Wenn die Bodspüringe, die der Linksliberalismus bei der Behandlung der Sozialdemokratie macht, nicht gar so häufig und besänftigend für das deutsche Volk wären, so könnten sie einen eigentümlich belustigenden Eindruck auf den Geist der Nation machen. In der Tat sind diese Bodspüringe, die Herr Dr. Krause, eine Verfeinerung der Sozialdemokratie für nur auf liberalen Boden möglich, Herr Dr. Jakob, der Chefredakteur des „Hannoverschen Anzeigers“, der führenden Blattes der Hannoverischen Nationalliberalen, erklärte andererseits auf dem Parteitag zu Hannover, die Nationalliberalen müßten mit den Sozialdemokraten zusammengehen und man müßte den Mut haben, dies offen auszusprechen! Der Berliner Jugendbund empfahl bei den Landtagswahlen die Unterstützung der Sozialdemokratie. Ist das nun nach Ansicht des Herrn Dr. Krause eine Verfeinerung der Sozialdemokratie auf liberalen Boden oder ist es das nicht? Und nun gar der weltliche Freimittler! Seine Bodspüringe werden jetzt selbst Herrn Eugen Richter zu Fall, und die „Freie deutsche Presse“ weist mit Recht darauf hin, daß die Herren von Barth jetzt sogar als Stachel der Sozialdemokratie gegenüber dem Verhalten der Berliner sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder in der Frage des städtischen Mißs für Obdachlose erscheinen. Herr P. Natorp veröffentlichte in der „Nation“ einen Artikel mit der Überschrift „Wacht geht vor Recht“, und Herr Nannmann desselben einen Artikel in der „Globe“ mit der Überschrift „Liberaler Kranheits-erkeimungen“. Das Blatt des Herrn Eugen Richter weist mit Recht darauf hin, daß die Haltung der sozialdemokratischen Berliner Stadtratsmitglieder Augustin und Hofmann eine Wechselschaltung bedeutet und daß der Vorhänger bei der Überbrückung durch das Rechte waren, diese zurückzuführen. Ein Schluß des Vorhänger heißt es: „Nun ist der Vorhänger von seiner Seite aus dem Boden zurückgeführt, so beginnt er mit seinen Anhängern wieder das Gesicht auf der ganzen Linie mit andersgearteten Liberalen einseitig für die Weisheit in der freimittlerischen Vereinigung selbst. Sollen diese Freunde empfinden darüber die Wechselschaltung, die liberalen Sozialdemokraten aber haben die Wechselschaltung nur Begründung, wenn nicht gar Spott und Hohn.“

Man weiß in der Tat kaum noch, wer eigentlich Recht und wer Unrecht in dieser Partei ist. Nannmann und Barth eifern jetzt gemeinsam gegen diejenigen Landtagsmitglieder der Freimittlerischen Vereinigung, die den Wahlreformvertrag in Gemeinschaft mit den Nationalliberalen und den freimittlerischen Volksparteikern unterzeichnet haben. Dieser Antrag sollte doch gerade die erste Befundung einer Einigung über Liberalen darstellen. Herr Nannmann aber erwidert darin eine „Endberichterstattung“ und droht mit einer Abrechnung bei der Generalfreimittlerischen Versammlung der Liberalen. Generalfreimittler Dr. P. Natorp, obwohl er selbst in der vorigen Session des Landtages einen ähnlichen Antrag unterzeichnet hatte.

Sie diese geschehenen Zustände in hohem Grade bezeichnend ist denn auch ein Aufruf zum „geschlossenen Kampfe gegen die Reaktion“, den der Abgeordnete Schröder in den Mitteilungen des Wahlvereins der Liberalen erläßt. Während der freimittlerische Abgeordnete Richter der Urheber aller Angriffe auf Anhebung des Zeitungssteuers war, bezeichnet Herr Schröder die Anhebung des § 2 Einkommensteuer als Erfolg der „Reaktion“ und nicht den jeuitensindlichen Wind in seine Segel einzufangen, indem er dazu auffordert, den Kampf nach zwei Fronten anzugehen. Nicht mehr solle man sich gegen die Sozialdemokratie und die „Reaktion“ wenden, sondern in der letzteren allein den Feind erblicken!

Man hat sich gegen eine von der Regierung getragene reaktionäre Politik anzukämpfen, die bereit ist, aggressiv vorzugehen. Dadurch wird die Idee, daß der politische Kampf gegen die Sozialdemokratie gerichtet werden müsse, aber auch die Theorie des Kampfes nach zwei Seiten gleichzeitig über den Feind gewonnen. Der Kampf der Liberalen nimmte nach rechts zu führen haben wird, wird ihm keine Möglichkeit mehr lassen, einen zweiten Kampf gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen, die auf seiner Seite stehen wird und diejenigen Positionen zu verteidigen hat, welche sind vielmehr genügt, Kampfmomente zu sein.“

Nun kommt aber der ehemalige nationalsozialistische und nunmehr weilsch freimittlerische Abgeordnete v. Werlach und erklärt in seiner Berliner Zeitung: „Wir sehen die Aufhebung des Zeitungssteuers nicht als eine besondere Steuervermehrung der reaktionären Natur des Wahlgesetzes an. Damit wäre denn wieder Herrn Schröder der Wind aus den Segeln genommen? Welch! Herr v. Werlach sieht hundert andere Maßnahmen, welche zum „entschiedenen Kampfe gegen die Reaktion“ mahnen. Welche das sind, verrät er uns nicht. Aber er schreibt: „Daß ein so wichtiger Vorkämpfer wie Karl Schröder für die Notwendigkeit einer radikalen Durchsicht der Steuerentwerfer eintreift, ist besonders bemerkenswert. Sein Aufruf zum Kampfe gegen den Feind auf der rechten Seite ein solches Zeugnis an für die jugendliche Frische, die sich Schröder bis in sein Greisenalter hinein bewahrt hat.“

So wird auf liberalen Boden die Sozialdemokratie bewilligt! Es wäre zum Nachdenken, wenn es nicht so häufig und betrieblend wäre!

Deutsches Reich.

Halle a. S., 9. April.

Die Vorbildung zum Referendariat.

In den letzten Jahren sind vielfach Klagen über die unzureichende Vorbildung der Referendare zu hören. Die Vorbildung zum Referendariat ist fast geworden. Es tündten allerdings Vorstände auf, darunter auch die Einrichtung einer Art von Schulprüfung. Dieser Weg erwies sich aber, ganz abgesehen von der ganz ungewöhnlichen Belastung der Referendare und der Störung in ihren Erwerbsverhältnissen als ungangbar, weil es mehr auf eine praktische als auf eine theoretische Vorbildung ankam. Nach den Bestimmungen der Herordnung haben die Aspiranten vor ihrer Beförderung zum Offizier zwei achtwöchige Lehungen A und B abzuleisten, wobei sie ihre dienstliche und außerdienstliche Befähigung zu dieser Beförderung darzulegen haben. Sie wurden hierzu in die stammpäpste eingeteilt, wo sie sofort den Dienst als Unteroffizier tun mußten, obgleich sie davon nur blutigen Verdienst, so daß die bei der Infanterie darüber erhabenen Lehungen vollst. berechtigt waren. Nun ist, wie wir schon mitgeteilt haben, für die Lehungen A in diesem Jahre zum ersten Male eine Änderung verhängt worden, indem sämtliche Offizieraspiranten eines Armeekorps auf einen Erziehungsbereich zu einer geschlossenen Kompagnie zusammengezogen worden sind. Die in der Front stehenden Mannschaften sind als durchweg Unteroffiziere. In dieser Kompagnie wird in der Dauer von vier Wochen eine umfassende Durchbildung der Aspiranten vorgenommen, die sich zunächst auf den gesamten Schießdienst als den weitaus wichtigsten Dienstzweig erstreckt; es werden nicht nur Lehungen in geschichtlichen Schießen abgehalten, sondern es findet auch ein erweiterter Unterricht in der Theorie des Schießens unter Vorführung von interessanten Versuchen und Vortragsvorträgen statt. Die weitere Ausbildung erstreckt sich sodann auf den Feldschießdienst, die Marschführung, den inneren Dienst bei der Kompagnie, sowie den Dienst in der Gefechtslinie als Schütze, Gruppenführer und Zugführer, womit dann die Grenze dieser Ausbildung erreicht ist. Am den Aspiranten auch Gelegenheit zu geben, sich in größeren Verbänden auszuweisen, werden von den auf den Erziehungsbereichen gerade anstehenden Truppen oder aus den nächstgelegenen Standorten kriegsstarke Kompagnien usw. aufgestellt, an deren Lehungen die Aspiranten in den verschiedenen Dienststellungen teilzunehmen haben. Nach Beendigung dieser ersten Hälfte der Lehungen A treten die Aspiranten alsdann zu ihren Kompagnien zurück, bei welchen sie die weiteren vier Wochen verbringen und nun mit größerem Nutzen als bisher üben und verwendet werden können. Diese Einrichtung ist für alle Armeekorps gleichmäßig angeordnet worden und man erwartet von ihr einen vollen Erfolg; der Versuch soll auf mehrere Jahre ausgedehnt werden, um ein einwandfreies Ergebnis zu erhalten, auf Grund dessen eine eventuelle Änderung der Herordnung vorgenommen werden kann.

Liberalismus und Volksschulwesen.

Unsere Liberalen sind seit Jahren eifrig bestrebt, die durch große Ueberbürdung mit Volksschulwesen ungenügend gemachten deutschen Bauern für ihre Parteidienste einzufangen. Diese Unzufriedenheit bildete die hauptsächlichste Grundlage für die vielfach politisch bedeutungslos freimittlerischen Bauernvereine „Nordost“. Daß auch der bislang in weiteren Kreisen ganz unbekannt gebliebene Bauernverein „Nordwest“ (in Holstein und Lauenburg) wesentlich auf denselben Fundamenten beruhen soll, wurde in einem von der „Wf. Ztg.“ übernommenen Artikel der „S. C.“ ausgegeben. Der liberale Agitator für den zuletzt genannten Bauernverein und durchgehende liberale Reichstagsabgeordneter Dr. Bruno Wagener hat nunmehr in einer Broschüre: „Die Schulverhältnisse der bäuerlichen Gemeinden“ die berechtigten Klagen der Landbevölkerung über diese oft unerschöpfliche hohe Belastung zum Ausdruck gebracht, natürlich auch nur, um damit für seine Parteirichtung und gegen die angeblich schuldigen „Reaktionäre“ Propaganda zu machen.

Es wird dort ganz überflüssigerweise noch einmal aus-einandergelegt, wie dringend eine „vollständige Neuorganisation der Unterrichtsverwaltung“ auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit“ not thut. Es wird besonders auch auf die gerade von unsrer Seite immer wieder herangezogene Notwendigkeit hingewiesen, daß der Staat — von dem der Schulzwang ausgeht und der Träger der Schulbildung ist — weit größerer Schichten als bisher zur Entlastung der heute penuriär so wenig leistungsfähigen bäuerlichen Gemeinden bewilligen müsse.

Diesen schlaun liberalen Agitationsmanövern gegenüber muß es durchaus noch einmal hervorgehoben werden, daß es auch gerade Schuld des Liberalismus in allen seinen Parteischattierungen ist, wenn es in Preußen noch immer nicht zu einer gerechten Verteilung der landlichen Volksschulstellen gekommen ist. Ohne die ständige Opposition des Liberalismus wäre die Lösung dieser Frage schon vor langen Jahren erfolgt, wenn der betrübende Teil aus dem bedürftigen Volksschulwesen, mochte man über das Weg sonst denken, wie man wollte, herausgehoben worden wäre. Aber auch, daß in diesem Jahre die sicher erwartete Vorlage über Regelung der

Volksschulverteilung ausgeblieben ist, muß indirekt auf das Schuldverhältnis der Liberalen geschlossen werden.

Wir haben schon Ende Januar darauf aufmerksam gemacht, daß die Nationalliberalen Korrekturen des Reichstages einer diesbezüglichen Vorlage seitens der Regierung einig und allein damit zu entscheiden beabsichtigt war, dieselbe sei entschieden gewesen, alles zu tun, um Personen, die auf ein gemeinsames Handeln gestimmt wären, zusammenzuführen, alles zu unterlassen, was das Gegenteil herbeizuführen geeignet sei würde.

Nach der ganzen innerpolitischen Situation konnten diese Worte nur so gedeutet werden, daß die seit so langer Zeit geforderte, dringend notwendige Vorlage über gerechtere Schulverteilung aus Rücksicht auf die Kanalvorlage diesmal nicht gemacht worden sei. Man wollte alles vermeiden, was möglichweise föhren auf ein Zusammenstoßen — auf die Stimmung zu gemeinsamen Handeln zwischen der vereinigten Linken des Abgeordnetenhauses und dem Zentrum, aus dessen Reihen die nötigen Hilfsgruppen für eine Kanalvorlage erwartet werden, hätte einwirken können. Solche föhren Einwirkung aber trante man der Erörterung über die Schulstellen und Schulfrage zu. Wenn die preußischen Land-Gemeinden noch länger unter der ungeredeten Belastung für Schulunterhaltung zu leiden und zu mühen haben, so mögen sie sich dafür bei den so für mich nach dem Aus-dau der großen Kanalfälle zu erlangenden liberalen Parteien bedanken. Sollte diese Belastung wirklich einproben, die Kanalvorlage angenommen werden, dann fürchten wir, daß wegen der unaussprechlich damit verknüpften schweren Inanspruchnahme und dauernden Schädigung der preußischen Finanzlage an einer Entlastung der Landgemeinden durch reichliche Staatszuschüsse für Volksschulunterhaltung überhaupt sobald nicht zu denken sei wird. Das möge man überall den liberalen Agitatoren entgegenhalten, wo dieselben mit ihrem schmeibaren Eifer für Verminderung der Volksschulstellen in den Landgemeinden Barmherzig zu treiben versuchen.

* Eindeutigkeit. Der Gouverneur Oberst von Mecklenburg meldet aus Rostock, daß die Hauptabteilung der deutschen Schultruppe Donnerstag nachmittags 4 Uhr den Vormarsch auf Osthof (20 Kilometer östlich von Rostock) auf die Ostabterge (10) angetreten hat.

* Kanalvorlage der Hofel und Saar. Auf Einladung des Bundes für die Kanalvorlage der Hofel und Saar wurde am Donnerstag in Trier eine Versammlung abgehalten, der die Landtagsabgeordneten Bieding, Schuler, Sackhoff, Jäger und Dr. Ringens, sowie die herrenausführenden des Rps und Herr v. Schorlemer be-wohnten. Es wurde folgende Resolution gefaßt: „Die am 8. April in Trier versammelten Mitglieder des preussischen Abgeordneten- und Herrenhauses erklären sich bereit, sich bemühen zu wollen, daß bei der Beratung der nachstehenden Vorlage seitens der föhrenden Staatsregierung auch die Einbringung eines weilsch, weitestmögliche betreffend die Kanalvorlage der Hofel und Saar, und zwar bereit zugesichert wird, daß die Vollendung derselben gleichzeitig mit dem Hannover-Wein-Kanal möglich wird.“

* Dinstagsvorlage der Metzger. Wie die „Deutsche Rundschau“ mitteilt, haben politische Kreise an die Metzgerkammer des Provinzialparlamentes eine Eingabe gerichtet, in der sie darauf hinweisen, daß deutsche Metzger eine größere Unterstützung vom Metzgerverein erhalten, hierfür keine Gegenleistung gebietet werden. Die politischen Kreise meinen, daß eine derartige Unterstützung standesunwürdig sei und daß den Metzger, die sie erhalten, das Maßrecht zur Metzgerkammer entgegen werden müßte. — Wie endlich und kürzlich dieser Vorstoß ist, bedarf keiner besonderen Darlegung.

* Arbeiterkammern. In der Kommission des württembergischen Abgeordnetenhauses wurde einstimmig ein Antrag angenommen, in dem die Regierung ersucht wird, im Bundesrat für die unverzügliche Einbringung des Gesetzes über die Errichtung einer geordneten Verwaltung der Arbeiter einzutreten. Minister des Innern Dr. v. Bittel erklärte, die württembergische Regierung werde im Bundesrat für die Beschleunigung der Angelegenheit bestrebt sein. Er persönlich sei der Meinung, daß eine ausschließliche Arbeitervertretung von einer gemeinsamen Vertretung von Arbeitnehmern und Arbeitgeber der Vorzug verleihe.

* Freimittlerische Dienstleistungen inaktiver Offiziere. Nach einer Bestimmung des Reichsgesetzes in letzter Jahre freimittler, die Dienstleistungen inaktiver Offiziere in weitgehendem Maße gestattet werden. Solche Dienstleistungen bei Ziviltruppen und bei der Militärverwaltung sind im Bauern den acht Wochen können unter Überlegung der bestimmungsbehöriglichen Behörde von dem Kommandanten und den obersten Vorgesetzten genehmigt werden, sofern die Offiziere für den Mobilisationsfall zu Kompagnien usw. gehören in Aussicht genommen sind. Ebenso können Bezirksoffiziere, die für den Mobilisationsfall als Reservisten usw. oder Kompagnien usw. Führer in Aussicht genommen sind, sofern sie dem vorstehenden Dienst schon eine Reihe von Jahren versorgt haben, zu betriebligen Dienstleistungen zugelassen werden. In Fällen, wo es besonders wünschenswert ist, können auch inaktive Stabsoffiziere oder Hauptleute, die für den Mobilisationsfall als Reservisten oder Abteilungs- oder Abteilungscommandeure in Aussicht genommen sind, zu solchen betriebligen Dienstleistungen zugelassen werden.

* Der Befangenentransport auf der Eisenbahn. Der Justizminister hat neue Bestimmungen über den Befangenentransport auf Eisenbahnen erlassen. Dieser Transport erfolgt mittels besonderer Züge, welche in die Eisenbahnhöfe eingeleitet werden. Es wird angemerkt, daß durch regelmäßige laufende Befangenenzüge für die Eisenbahnen und größeren Vorteile in der Verwaltung zu bringen.

Kursnotierungen der Halleschen Zeitung.

Berliner Börse vom 8. April. Ergänzungskurs, f. und f. Ausgabe.

Deutsche Fonds und Staatspapiere.

Table listing various German bonds and state papers with columns for title, quantity, and price.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries with columns for title, quantity, and price.

Deutsche Hypothek-Briefe.

Table listing German mortgage certificates with columns for title, quantity, and price.

Table listing various railway and utility bonds with columns for title, quantity, and price.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority obligations with columns for title, quantity, and price.

Obligationen industrieller Gesellschaften.

Table listing obligations of industrial companies with columns for title, quantity, and price.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktien.

Table listing railway common priority stocks with columns for title, quantity, and price.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway common stocks with columns for title, quantity, and price.

Bank-Aktien.

Table listing bank stocks with columns for title, quantity, and price.

Table listing various stocks and shares with columns for title, quantity, and price.

Bank-Aktien und Aktien-Aktien.

Table listing bank and stock shares with columns for title, quantity, and price.

Obligationen industrieller Gesellschaften.

Table listing obligations of industrial companies with columns for title, quantity, and price.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks with columns for title, quantity, and price.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and state papers with columns for title, quantity, and price.

Eisenbahn-St. u. St.-P. Aktien.

Table listing railway common and preference stocks with columns for title, quantity, and price.

Bank- und Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks with columns for title, quantity, and price.

Deutsche Fonds und Staatspapiere.

Table listing various German bonds and state papers with columns for title, quantity, and price.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries with columns for title, quantity, and price.

Deutsche Hypothek-Briefe.

Table listing German mortgage certificates with columns for title, quantity, and price.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority obligations with columns for title, quantity, and price.

Obligationen industrieller Gesellschaften.

Table listing obligations of industrial companies with columns for title, quantity, and price.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks with columns for title, quantity, and price.

Bank- und Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks with columns for title, quantity, and price.

Ausländische Eisenbahn-Prioritäts-Oblig.

Table listing foreign railway priority obligations with columns for title, quantity, and price.

Bankhaus Friedmann & Weinstock, Halle a. S., Leipzigerstrasse 12, Weissensfels a. S., Markt Aa- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Geldanlagen, Conto-Bank- und Wechsel-Verkehr etc.

Kataloge, Preislisten in moderner und geschmackvoller Ausführung. Buchdruckerei Otto Thiele (Hallesche Zeitung), Halle a. S., Leipzigerstrasse 87 (Eingang: Große Brauhausstrasse 30).

Für die Adressen verantwortlich: Otto Trautz, Halle a. S. Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt. Leipzig, den 1. April 1908.

